



## Gemeinsame Presserklärung

18. Dezember 2019

**Bauwirtschaft blickt auf ein solides Jahr 2020: Umsatzwachstum um 5,5 % erwartet.****Wohnungsbau: + 7 % // Wirtschaftsbau: + 5,5 % // Öffentlicher Bau: 4 %**

„Insgesamt rechnen wir in 2020 mit einem Umsatzwachstum im Bauhauptgewerbe von 5,5 % auf 145 Mrd. Euro. Die Dynamik der Preisentwicklung für Bauleistungen hat sich im Jahresverlauf 2019 von knapp +6 % auf +4,5 % abgeschwächt. Davon gehen wir auch in 2020 aus, sodass der Umsatz in 2020 real um 1 % wachsen wird. Der Fachkräftebedarf der Bauunternehmen ist weiter hoch. Wir rechnen mit einem Personalbestand von 870.000 Beschäftigten im Jahresdurchschnitt (+1,5 %).“ Dieses ist die Einschätzung der Präsidenten des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, Peter Hübner, und des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe, Reinhard Quast, anlässlich der gemeinsamen Pressekonferenz heute in Berlin.

Für 2019 rechnen die beiden Verbände mit einem Umsatzwachstum im Bauhauptgewerbe von 8,5 % auf 137,2 Mrd. Euro, nach einer Steigerung im Vorjahr von gut 11 % auf 126,6 Mrd. Euro. Da die Baupreise im Jahresdurchschnitt um 5,5 % gestiegen sind, liegt das preisbereinigte (also reale) Umsatzwachstum im Bauhauptgewerbe damit bei +3 %.

**Wohnungsbau**

ZDB-Präsident Quast erläuterte, dass die Grundpfeiler im Wohnungsbau weiter stabil seien. Das betreffe insbesondere die hohe Erwerbstätigkeit, reale Einkommenszuwächse, anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen sowie eine weiterhin hohe Binnenwanderung in die Ballungsgebiete. Um Planungssicherheit für die Unternehmen zu schaffen, müssten langfristige Impulse gesetzt werden, wie die dauerhafte Erhöhung der Afa von 2 % auf 3 %. Denn sowohl das Baukindergeld wie auch die Sonder-Afa setzten nur kurzfristige Impulse. Um bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsgebieten zu schaffen bedürfe es verstärkter Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. „Mietendeckel und Mietpreisbremsen sind vor allem auch Investitionsbremsen. Denn Investoren gehen dorthin, wo die Rahmenbedingungen gut sind.“

Vor diesem Hintergrund erwarten die Bauverbände einen Umsatz im Wohnungsbau von ca. 54,2 Mrd. Euro, nach knapp 51 Mrd. Euro in 2019 (+7 %). „Wir gehen für 2020 von der Fertigstellung von ca. 310.000 Wohnungen aus. Bis zum Oktober 2019 wurden für insgesamt fast 290.000 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt, genauso viele wie im Vorjahr,“ so HDB-Präsident Hübner.

## **Wirtschaftsbau**

Für den Wirtschaftsbau prognostizierten Bauindustrie und Baugewerbe eine ambivalente Entwicklung: Während die (Hoch)-Baugenehmigungen bei Fabrik- und Werkstattgebäuden seit drei Monaten rückläufig sind, zeigen die Baugenehmigungen für Lager- und Handelsgebäude sowie Büro- und Verwaltungsgebäude aufsteigende Tendenz. Die stabile Entwicklung bei den Handels- und Lagergebäuden ist vom privaten Konsum angetrieben.

Einen positiven Trend sehen die Verbände im Wirtschaftstiefbau: Die monatlichen Auftragseingänge liegen hier seit Ende des ersten Quartals 2019 im Vorjahresvergleich kumulativ stabil bei +10 %. Damit ist die Reichweite der Aufträge deutlich angestiegen. „Dieses führen wir vor allen Dingen auf die Investitionen für Bahnstrecken, Brücken- und Tunnelbauten der Deutschen Bahn zurück. Der Bundeshaushalt sieht hier für das kommende Jahr noch einmal eine Erhöhung der Investitionszuschüsse um 1,1 Mrd. Euro auf 6,6 Mrd. Euro (+18 %) vor,“ so Hübner.

Auch deswegen prognostizieren die beiden Verbände im Wirtschaftsbau für 2020 insgesamt einen Umsatz von ca. 51,3 Mrd. Euro; nach 48,6 Mrd. Euro in 2019; (+5,5 %).

## **Öffentlicher Bau**

Die Bauverbände begrüßten die Investitionsoffensive im Bereich der Bundesfernstraßen ausdrücklich und forderten weiterhin eine Verstetigung der öffentlichen Investitionen. „Denn die aufgrund der Bauoffensive erlebbaren Baustellen und damit einhergehenden Stau- und Wartezeiten wären mit einer bedarfsgerechten Finanzausstattung in früheren Jahren vermeidbar gewesen,“ monierte Quast. „Mit rund 17 Mrd. Euro pro Jahr, davon über 10 Mrd. Euro für Straße und Wasserstraße, kann es gelingen, dem Wirtschaftsstandort Deutschland wieder eine adäquate Infrastruktur zu verschaffen. Dies ist an sich ein Signal der Planungssicherheit für unsere Bauunternehmen.“

Allerdings warnte Hübner davor, das Vertrauen der Bauunternehmen auf langfristige Investitionen zu zerstören, indem sich die Länder im Hinblick auf die Gründung der Autobahn GmbH vom Markt zurückziehen und keine Ausschreibungen mehr veröffentlichen. „Kapazitätsaufbau braucht stabile Rahmenbedingungen.“ Hübner weiter: „Es ist uns besonders wichtig, dass der Übergang von der Auftragsverwaltung der Länder zurück zum Bund, zur Autobahn GmbH, reibungslos gestaltet wird. Wir benötigen eine verstetigte Vergabe durch die Auftragsverwaltung der Länder – und zwar bis zum 31. Dezember 2020 – und keinen Tag weniger.“

Insgesamt erwarten die Bauspitzenverbände im öffentlichen Bau für 2020 einen Umsatz von ca. 39,5 Mrd. Euro; nach 38 Mrd. Euro in 2019; (+4 %).

## **Beschäftigung**

Die Bauwirtschaft hat ihre Kapazitäten in den vergangenen Jahren stark ausgeweitet und tut dieses auch weiterhin. So konnten per 31.12.2018 14.061 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden (+8,6 %). Das war bereits der fünfte Anstieg in Folge. Ein Bauingenieurstudium haben im Wintersemester 2019/2020 wiederum knapp 11.000 Studentinnen und Studenten aufgenommen.

Der Personalzuwachs im Bauhauptgewerbe wird auch durch ausländische Arbeitnehmer generiert. So ist der Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer an allen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Bauhauptgewerbe von ca. 8 % im Jahr 2008 auf ca. 20 % angestiegen. Jeder fünfte Arbeitnehmer hat mittlerweile einen ausländischen Pass. „Über 80 % kommen dabei aus den mittel- und südosteuropäischen Ländern. Hier spielt die sog. Westbalkan-Regelung eine herausragende Rolle. Es ist für uns wichtig, dass die Westbalkan-Regelung über 2020 hinaus verlängert wird. Denn das Fachkräfteeinwanderungsgesetz bietet für berufserfahrene Arbeitnehmer keine Möglichkeit, auch nur befristet, auf den deutschen Arbeitsmarkt zu kommen,“ forderte Quast.